



Beate Müller-Gemmeke

Mitglied des Deutschen Bundestages

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Sprecherin für Arbeitnehmerrechte

Berlin

Beate Müller-Gemmeke
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: (030) 227 - 73041
Fax: (030) 227 - 76041
beate.mueller-gemmeke@bundestag.de

Wahlkreis

Beate Müller-Gemmeke
Gartenstraße 18
72764 Reutlingen
Tel: (07121) 9092411
Fax: (07121) 9943186
beate.mueller-gemmeke@wk.bundestag.de

Leserbrief

Reutlingen, 03.09.2012

Regionale Wertschöpfung ist das erklärte Ziel

Zum Leserbrief von Klaus Flad zur Windkraft auf der Alb vom 25.08.2012

Dieser Leserbrief verdient eine Reaktion, denn er enthält Einiges, was zurechtgerückt werden muss. Das fängt bei der irritierenden Wortwahl an. Wenn ausgerechnet ein gewählter Gemeinderat der Freien Wähler den St. Johanner Bürgern unterstellt, sie seien „gutgläubig und obrigkeitshörig“, dann ist das schon verwunderlich. Den offenen und transparenten Meinungs- und Informationsaustausch einer Bürgerversammlung als „Werbeveranstaltung“ und mein Fachgespräch als „fachsimpeln“ abzutun, ist ebenfalls schräg.

Schwerwiegender sind aber die inhaltlichen Verdrehungen. Es ist schlicht falsch zu unterstellen, die Wertschöpfung würde bei Windkraftanlagen automatisch in den Norden Deutschlands abwandern. Genau das Gegenteil ist das erklärte Ziel. Die Wertschöpfung aus der Windenergie kann selbstverständlich weitgehend in der Region bleiben. Voraussetzung dafür ist, dass frühzeitig unter Beteiligung der Bürger die Gemeinden selbst konstruktiv die Planung mitgestalten. Im Übrigen liegt die Zeit, als man erneuerbare Energie und Windkraft als „unüberlegte Schnellschüsse“ der Grünen abtun konnte, längst hinter uns. Denn laut dem Statistischen Bundesamt hat sich die Energiewende – mit einem Umsatz von 42,3 Milliarden Euro im Jahr 2010 - zu einem beträchtlichen Wirtschaftsfaktor entwickelt.

Es gibt auch keinesfalls „überflüssigen“ Windstrom im „Norden und Osten“ Deutschlands, denn zu Abschaltungen kommt es auch, weil die alten fossilen Kraftwerke nur träge zu regeln sind. Fakt ist vielmehr, dass der Süden Deutschlands im Verhältnis mehr Strom verbraucht. Gerade deswegen macht es Sinn, dort auch den benötigten Strom zu produzieren. Dass darüber hinaus neue Stromtrassen notwendig sind, bleibt dennoch richtig. Die Bundesregierung sollte nicht permanent streiten, sondern endlich die notwendigen politischen Rahmenbedingungen setzen.

Der Atomausstieg ist beschlossene Sache, das ist nun auch Merkel und Oettinger klar. Jetzt muss aber auch parteiübergreifend ernst gemacht werden. Alle haben da eine Verantwortung. Was nicht geht ist, dass die Energie immer woanders produziert werden soll – im Norden, im Osten, auf dem Truppenübungsplatz, nur nicht bei „uns“. Es gibt bei der Energiewende keine einfachen und keine belastungsfreien Lösungen. Deshalb müssen berechtigte Bedenken der Bürger ernst genommen und damit Belastungen minimiert werden. Aber auch die Belange des Biosphärengebiets, von dem die gesamte Region profitiert, müssen beachtet werden. (Was alles auf dem Truppenübungsplatz

stattfindet, gefällt mir auch nicht – aber das ist ein anderes Thema.) Ich bleibe dabei, die Energieform der Zukunft ist erneuerbar und regional. Im Dialog, offen und transparent werden die besten Standorte gefunden - bundesweit, kreisweit und auch in St. Johann. Und ich bin mir sicher, die Bürger von St. Johann sind weder zu „gutgläubig“ noch zu „obrigkeitshörig“, um sich hier konstruktiv einzubringen.

*Beate Müller-Gemmeke MdB,
Bündnis 90/Die Grünen*